

„Ihre Zahlen sind Unsinn“

Die Rente ist nicht mehr sicher, sagt Linksfraction-Chefin Sahra Wagenknecht. Wer nicht überdurchschnittlich verdiene, müsse im Alter mit Armut rechnen. Völlig falsch, kontert Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen. Er fordert: Haltet die Rente aus dem Wahlkampf heraus! Ein Streitgespräch.

VON WALTER SERIF

Frau Wagenknecht, Herr Raffelhüschen, SPD und Union arbeiten an einem neuen Rentenkonzept. Ist das nur Wahlkampf?

Bernd Raffelhüschen: Meine Antwort ist schlicht und einfach: Ja.

Sahra Wagenknecht: Das sehe ich auch so. Die Koalition will gar nichts ändern. Dabei ist es ein Skandal, dass im reichen Deutschland sogar ein Durchschnittsverdiener im Alter arm sein wird, weil die gesetzliche Rente ihn nicht mehr absichert.

Raffelhüschen: Diese Gefahr sehe ich überhaupt nicht. Gegenwärtig gibt es keine Altersgruppe, die so reich ist wie die der Rentner. Sie sind von der Altersarmut kaum betroffen.

Wagenknecht: Herr Raffelhüschen, das stimmt nicht. Rund 16 Prozent aller älteren Menschen liegen inzwischen unter der Armutsgrenze von 917 Euro im Monat. Außerdem wird die Rente in den nächsten Jahren weiter sinken, weil das Rentenniveau per Gesetz immer niedriger wird. Ein Durchschnittsverdiener braucht in Zukunft 35 Beitragsjahre, um Ansprüche in Höhe der Grundsicherung zu erwerben.

Raffelhüschen: Die Armutsgrenze liegt doch viel niedriger, nämlich bei der Sozialhilfe oder Hartz IV.

Frau Wagenknecht bezieht sich auf die OECD-Armutdefinition. Bei Singles sind das tatsächlich 917 Euro laut Mikrozensus.

Raffelhüschen: Das ist die falsche Definition. Maßgeblich ist der Sozialhilfesatz plus Wohngeld und das beläuft sich zusammen auf knapp 700 Euro. Deshalb sind nur drei Prozent der Rentner wirklich arm.

Wagenknecht: Ich finde es arrogant, zu behaupten, dass Rentner, die 917 Euro im Monat haben, nicht arm sind. Sie leben unter unwürdigen Verhältnissen, obwohl sie viele Jahre gearbeitet haben.

Raffelhüschen: Sie können das im Statistischen Jahrbuch nachlesen: Junge sind mehr von Armut bedroht, Kinder sogar drei- bis viermal so viel. Familien mit Niedrigeinkommen und Kindern haben das größte Armutsrisiko und nicht die Alten.

Wagenknecht: Das ist schlimm genug. Aber wir reden auch von der Zukunft. Da werden immer mehr Senioren in die Armut rutschen. Und Sie können doch nicht Kinderarmut oder Jugendarmut gegen Altersarmut ausspielen. Wer heute schlechte Löhne hat, bekommt dann erst recht schlechte Renten. Gerade Kinder aus armen Familien bleiben oft ihr Leben lang arm.

Raffelhüschen: Frau Wagenknecht, ich weiß, dass Sie das ernst nehmen, was der WDR kürzlich veröffentlicht hat.



DIE ZUKUNFT DER RENTE

Das 40 Prozent der Rentner künftig arm sein werden.

Raffelhüschen: Das ist eine Ente. Frau Wagenknecht und Herr Seehofer sind darauf aufgesprungen. Aber die Zahl ist absolut falsch.

Wagenknecht: Ich rede nicht vom WDR, sondern von Zahlen der Bundesregierung.

Raffelhüschen: Wir werden nur eine Verdoppelung der Altersarmut bekommen. Die meisten statistischen Projektionen sagen das so voraus. Die Altersarmut wird also von drei auf sechs Prozent bis 2040 steigen. Die Rentner würden dann immer noch unterdurchschnittlich arm sein – der Durchschnitt liegt bei sieben Prozent.

Wagenknecht: Ihre Statistik ist falsch, weil nur noch die wenigsten auf 45 Beitragsjahre kommen werden. Die Renten werden also niedriger und damit auch die Altersarmut höher sein.

Raffelhüschen: Natürlich recht jemandem, der auf wenige Berufsjahre kommt, die gesetzliche Rente alleine nicht aus. Man muss aber



Die Fraktionschefin der Linken im Bundestag, Sahra Wagenknecht, möchte die Steuergesetze ändern. Die Belasteten vor allem die Mittelschicht. Bernd Raffelhüschen, Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge, sagt, Umverteilung von Reich auf Arm funktioniert nicht über ein proportional finanziertes Beitragssystem. BILDER: DPA



SAHRA WAGENKNECHT

Die **46-Jährige** führt seit Oktober 2015 (gemeinsam mit Dietmar Bartsch) die **Linken-Fraktion im Bundestag**.

Sahra Wagenknecht (geboren in Jena) war lange Wortführerin der Parteigruppierung „**Kommunistischen Plattform**“, ließ ihre Mitgliedschaft aber nach dem Aufstieg

in die Parteispitze ruhen. Seit dem Rückzug ihres heutigen **Ehemanns Oskar Lafontaine** aus der Bundespolitik führt sie den linken Parteiflügel unangefochten an.

Im Oktober 2012 promovierte Wagenknecht an der Technischen Universität Chemnitz in **Wirtschaftswissenschaften**. *ls/dpa*

auch fragen, was er die anderen Jahre gemacht hat. Vielleicht war er ja selbstständig und hat deshalb ein zusätzliches Einkommen im Alter.

Wagenknecht: Vielleicht war er aber auch auf Arbeitssuche zwischen lauter befristeten Jobs. Und Sie reden immer vom Durchschnittsverdiener und nicht von den Beschäftigten im Niedriglohnssektor. Mittlerweile ist das jeder Vierte. Und die These, die Leute hätten ja auch noch so viele Ersparnisse, um ihren Lebensabend finanzieren zu können, ist Augenwischerei. Gegenwärtig gibt es auf ein normales Sparbuch gar keine Zinsen mehr. Normalverdiener haben kaum eine Chance, relevantes Vermögen aufzubauen, weil sie zu wenig verdienen und dann auch noch die Inflation die Zuwächse wegnimmt.

Herr Raffelhüschen, aber wenn es vielen Menschen einfach nicht möglich ist, privat vorzusorgen, muss man dann nicht doch die Absenkung des Rentenniveaus überdenken?

Raffelhüschen: Nein. Dann würde der Beitragssatz bis auf 30 Prozent ansteigen. Das wäre nicht zumutbar. Bei 22 Prozent muss Schluss sein. Die Rentner können keine höheren Zuwächse erwarten. Dies hat Rot-Grün unter Kanzler Gerhard Schröder so beschlossen und das war richtig. Am Ende werden wir immer noch ein Rentenniveau haben, das

ungefähr so hoch liegt wie Anfang der 1970er Jahre.

Wagenknecht: Die Deutsche Rentenversicherung schätzt, dass das Einfrieren des Rentenniveaus ungefähr 18 Milliarden Euro pro Jahr kosten würde.

Raffelhüschen: Diese Zahlen sind Quatsch. Solche Berechnungen hängen zum Beispiel auch davon ab, welche Inflation man unterstellt. Frau Wagenknecht meint ja, die Inflation würde den Menschen ihr Einkommen wegfressen. Aber von welcher Inflation spricht sie denn? Wir haben doch gar keine.

Wagenknecht: Die Leute in großen Städten, denen steigende Mieten das Einkommen wegfressen, dürften da anderer Meinung sein.

Raffelhüschen: Wenn Sie das Rentenniveau einfrieren wollen, sollten Sie den Beitragssatz auch sagen, dass diese künftig ein Drittel ihres Einkommens den Alten geben müssten.

Wagenknecht: Eine Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent würde den Beitragssatz aktuell 35 Euro im Monat kosten. Er würde später aber auch 150 Euro mehr Rente bekommen. Nennen Sie mir mal einen Riester-Vertrag, der das leistet! Für die Arbeitnehmer wäre zudem die Gesamtbelastung nicht höher, wenn sie die schwachsinnigen Riesterverträge, die nur die Finanzindustrie reich machen, nicht mehr bräuchten.

BERND RAFFELHÜSCHEN

Bernd Raffelhüschen (geboren 1957) ist **Professor für Finanzwissenschaft** und **Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge** an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Seine **Forschungsschwerpunkte** liegen in den Bereichen der Sozial- und Steuerpolitik, insbesondere der

Alterssicherung, Gesundheitsökonomie und Pflegevorsorge. Neben seiner Mitwirkung an internationalen Forschungsprojekten beteiligt er sich, zum Beispiel als Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, an Fragen der praktischen Sozialpolitik.

Raffelhüschen ist verheiratet und hat **drei Kinder**. *ls*

Raffelhüschen: Nicht alle Arbeitnehmer riestern. Sie wissen deshalb doch gar nicht, ob die Beitragszahler das alles mitmachen würden. Sie können nicht einfach den Beitragssatz um vier Punkte erhöhen, denn die Jungen müssen ja noch zusätzlich die Gesundheits- und Pflegekosten der Alten schultern. Wir können das Rentenniveau nicht mit immer höheren Beiträgen finanzieren. Die Beitragshöhe bestimmt das Rentenniveau. Anders geht es nicht. Der Beitragssatz für die Jungen muss genauso hoch sein, wie es der für die Alten war. Jeder zahlt zum Beispiel ein Fünftel. Und damit müssen die Alten dann halt in der Rente auskommen. Wenn die zu niedrig ausfällt, liegt es daran, dass sie zu wenige Kinder in die Welt gesetzt haben.

Sie meinen, die Rentner sind selber schuld?

Raffelhüschen: Wer keine Kinder hat, muss einfach einsehen, dass er seinen Lebensabend aus der umlagefinanzierten Rente nicht mehr so auskömmlich gestalten kann. Man kann natürlich auch die Kinderlosen stärker besteuern, um eine gerechte Familienpolitik zu haben. Aber die Rentenversicherung ist das falsche Instrument, weil die Beamten, Selbstständigen und Freiberufler nicht einzahlen. Sie blieben dann außen vor.

Wagenknecht: Diese ganze demografische Diskussion geht doch am

Thema vorbei. Wenn wir mehr Kinder wollen, sollten wir uns überlegen, warum Kinder in Deutschland das Armutsrisiko Nummer eins sind. 40 Prozent aller Alleinerziehenden sind Hartz-IV-Bezieher! Aber trotz der demografischen Entwicklung bräuchten wir keine exorbitanten Beiträge, um eine ordentliche Rentenversicherung zu finanzieren. Die Löhne müssten nur mit der Produktivität ansteigen. Es geht nicht um einen Generationenkonflikt, die heute Jungen sind ja die Hauptleidtragenden, weil sie im Alter keine Absicherung mehr haben.

Müssten in die Rentenversicherung künftig nicht alle einzahlen und sollte dann nicht auch die Beitragsbemessungsgrenze fallen?

Wagenknecht: Das ist die Position der Linken. In Österreich zahlen alle in einen Topf ein, auch Selbstständige und Beamte. Man sollte außerdem die Beitragsbemessungsgrenze deutlich anheben. Spitzenverdiener würden dann zwar auch eine höhere Rente bekommen. Aber man könnte die Kurve abflachen. Andere Länder stocken niedrige Renten auf und zahlen die höchsten nicht ganz proportional zu den Beiträgen. Das wäre ein besseres System.

Raffelhüschen: Davon halte ich gar nichts. Ein besseres System erhält man nicht, indem man die Beitragsbemessungsgrenze erhöht und dann den Leuten sagt, dafür be-

kommt ihr nicht mehr. Die Deutsche Rentenversicherung ist das beste System der Welt, weil wir die Umverteilung da raushalten. Jemand, der nur durchschnittlich verdient, bekommt entsprechend eine durchschnittliche Rente. Jetzt aus Wahlkampfgründen dieses Getöse zu veranstalten, ist töricht. Bitte haltet diese Rente aus dem Wahlkampf heraus! Versprecht nichts, was ihr nicht halten könnt!

Wagenknecht: Es geht überhaupt nicht um Wahlkampf. Es geht darum, dass immer mehr Menschen Angst davor haben, alt zu werden, weil sie nicht wissen, wovon sie dann leben sollen. Wenn man dieses Problem aus dem Wahlkampf herauslässt, ist es deshalb noch lange nicht gelöst. Früher galt der Anspruch: Die Rente soll den Lebensstandard sichern. Dazu sollten wir zurückkehren.

Wäre eine Umverteilung über Steuern nicht der bessere Weg?

Wagenknecht: Beides. Wir müssten auf jeden Fall die Steuergesetze ändern, weil diese vor allem die Mittelschicht belasten. Eine Umverteilungskomponente, also eine armutsfeste Mindestrente, müsste man natürlich über Steuern und nicht über Beiträge finanzieren.

Raffelhüschen: Das halte ich für falsch. Umverteilung von Reich auf Arm funktioniert nicht über ein proportional finanziertes Beitragssystem, weil dort ja jeder im Vergleich zu seinem Einkommen das Gleiche zahlt. Das haben wir ja schon in Ma- the in der fünften Klasse gelernt. Nur die Steuer kann eine Umverteilung erreichen, weil dort der Reiche ja überproportional viel zahlt. Alles andere ist Unfug.

Wagenknecht: Diese Proportionalität gibt es doch längst nicht mehr. Wenn die jetzige Entwicklung weitergeht, leben in Zukunft 30 bis 40 Prozent der Rentner nur noch von der Grundsicherung.

Raffelhüschen: Das ist wirklich dummes Zeug, das der WDR in die Welt gesetzt hat.

Wagenknecht: Wie gesagt, das ist nicht der WDR, das sind Zahlen, die die Bundesregierung selbst bestätigt hat.

Raffelhüschen: Das stimmt nicht, Ihre Zahlen sind Unsinn.

Wagenknecht: Von wegen. In Österreich gibt es übrigens auch eine Mindestrente von 1030 Euro bei mindestens 15 Beitragsjahren. Die muss durch Steuermittel finanziert werden.

Raffelhüschen: Seien wir vorsichtig mit den Kirschen, die in Nachbars Garten hängen. Das mit Österreich stimmt, aber der Arme muss dort fast die Hälfte seiner Gesundheitskosten selber zahlen. Äpfel mit Birnen zu vergleichen, ist nie gut.

Sollten wir und künftige Generationen also alle arbeiten, bis wir 70 Jahre alt sind?

Raffelhüschen: Natürlich. Die Rente mit 67 wird bis 2030 reichen, aber danach bleibt uns nichts anderes übrig, als das Renteneintrittsalter weiter anzuheben.

Wagenknecht: Das ist doch Quatsch. Schon jetzt haben nur gut zwölf Prozent der 64-Jährigen einen sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjob. Eine weitere Anhebung der Altersgrenze läuft also nur auf eine weitere Renten Kürzung hinaus. Menschen mit Knochenjobs, etwa Krankenschwestern oder Bauarbeiter, kann man ohnehin nicht zumuten, bis 70 zu arbeiten.

Raffelhüschen: Wenn die Menschen immer älter werden, müssen sie eben auch immer länger arbeiten. Das tut auch nicht weh, weil der Mensch ja immer gesünder wird. In den 1960er Jahren hat ein Durchschnittsrentner für ein Jahr Rentenbezug vier Jahre einzahlen müssen. Heute sind es gerade mal zwei Jahre. Der Mensch kann doch nicht jeden Tag, den er länger lebt, zu 100 Prozent in Rente verbringen. Wie sollen denn das die künftigen Beitragszahler stemmen?